Landeshauptstadt Hannover

Datum 02.02.2012

PROTOKOLL

3. Sitzung des Sportausschusses am Montag, 9. Januar 2012, Rathaus, Hodlersaal

Beginn 16.00 Uhr Ende 17.00 Uhr

Anwesend:

(verhindert waren)

Ratsfrau Klebe-Politze (SPD) Ratsherr Küßner (CDU)

Ratsherr Bindert (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ratsherr Drenske (Bündnis 90/Die Grünen)

Beigeordneter Förste (DIE LINKE.)

Ratsherr Hermann (SPD)
Ratsfrau Keller (SPD)
Ratsherr Kirci (SPD)
Ratsherr Klapproth (CDU)
Ratsfrau Dr. Matz (CDU)

Ratsfrau Wagemann (Bündnis 90/Die Grünen)

Beratende Mitglieder:

(Herr Bankole)
Frau Girschikofsky
Herr Grämer
Herr Jägersberg
(Herr Jaskulla)
Herr Kohlstedt
Herr Latzel
Herr Rabe
Frau Wiede

Grundmandat:

(Ratsfrau Bruns) (FDP)
Ratsherr Engelke (FDP)
(Ratsherr Dr. Junghänel) (PIRATEN)
Ratsherr Hillbrecht (PIRATEN)

Ratsherr Wruck (DIE HANNOVERANER)

Verwaltung:

Herr Dr. Herbert Herr Sonnenberg Herr Schaefer Herr Schäfer Herr Körber Frau Hammann Herr Möller Frau Kehrein Frau Senger

Tagesordnung:

| 1 | \sim - | | | T - 1 1 |
|---|--------------|------------|-------|----------------|
| | <i>(</i>) ⊢ | | ICHFR | |
| | () (| 14 1 1 | 1 () | |

- 1. EINWOHNER- und EINWOHNERINNENFRAGESTUNDE
- 2. Genehmigung der Protokolle über die Sitzungen am 14.11. und 12.12.2011
- 3. Haushaltssicherungskonzept 2012 bis 2014 (HSK VIII) (Drucks. Nr. 2351/2011 mit 1 Anlage)
- 4. Naturbad Hainholz, Kiosk-/Funktionsneubau nach Brandschaden (Drucks. Nr. 2299/2011 mit 3 Anlagen)
- 5. "Auf dem Weg zur inklusiven Stadt" (Informationsdrucks. Nr. 1967/2011 mit 1 Anlage)
- 6. Bericht des Dezernenten

Außerhalb der Tagesordnung

I. ÖFFENTLICHER TEIL

Ratsfrau Klebe-Politze eröffnete die 3. Sitzung des Sportausschusses und begrüßte die Anwesenden. Sie stellte die ordnungsgemäße und fristgerechte Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Dr. Herbert erklärte, dass die Verwaltung die Tagesordnungspunkte 3 und 4 heute von der Tagesordnung nehmen möchte. Man habe festgestellt, dass es zu Tagesordnungspunkt 3 noch Diskussionsbedarf gebe. Noch mehr Diskussionsbedarf gebe es bei der Drucksache zum Naturbad Hainholz. De Bezirksratsebene habe Bedenken angemeldet und diesen wolle man in den nächsten vier Wochen nachgehen, um Klarheit und vielleicht auch mehr Zufriedenheit mit der Drucksache zu erreichen.

Ratsherr Drenske erklärte zu Tagesordnungspunkt 4, dass ihn ein Brief der Quartiersmanagerin ereilt habe, die darum bat, die Drucksache in der heutigen Sitzung nicht abzulehnen und auch nicht in die Fraktionen zu ziehen, weil es ansonsten zu Problemen mit den EFRE-Mitteln komme. Da nun die Verwaltung die Drucksache von der Tagesordnung genommen habe, erkundigte er sich, ob aus Sicht der Verwaltung kein Anlass zur Sorge bestehe.

Herr Dr. Herbert bestätigte, dass ein gewisses Risiko bestehe, dass die Stadt dieser Mittel verlustig gehe. Man werde versuchen mit dem Land Niedersachsen in den nächsten vier Wochen zu klären, ob man eine Verlängerung der Frist, die eigentlich Ende des Jahres

auslaufe, bekomme. Ansonsten werde man sich sehr beeilen müssen, den Bau bis Ende des Jahres fertigzustellen. Dennoch wolle man sich diese vier Wochen gönnen.

TOP 1.

EINWOHNER- und EINWOHNERINNENFRAGESTUNDE

Es wurden keine Fragen gestellt.

TOP 2.

Genehmigung der Protokolle über die Sitzungen am 14.11. und 12.12.2011

Die Niederschriften wurden genehmigt.

TOP 3.

Haushaltssicherungskonzept 2012 bis 2014 (HSK VIII) (Drucks. Nr. 2351/2011 mit 1 Anlage)

Die Drucksache wurde vertagt.

TOP 4.

Naturbad Hainholz, Kiosk-/Funktionsneubau nach Brandschaden (Drucks. Nr. 2299/2011 mit 3 Anlagen)

Die Drucksache wurde vertagt.

TOP 5.

"Auf dem Weg zur inklusiven Stadt"
(Informationsdrucksache Nr. 1967/2011 mit 1 Anlage)

Frau Hammann erklärte, dass sie selbst seit dem Jahr 2000 bei der Stadtverwaltung sei und die Beauftragte für Menschen mit Behinderungen sei und nun auch eine Hälfte der neuen Koordinationsstelle Inklusion. Die andere Hälfte werde durch Frau Kehrein besetzt, an die sie jetzt das Wort weitergebe.

Frau Kehrein erklärte, dass man einen kleinen Vortrag vorbereitet habe, in dem dargestellt werde, was seit Oktober bei der Stadtverwaltung geplant werde. Man habe von der Politik bei den Haushaltsplanberatungen 2011 den Auftrag erhalten, ein kommunales Handlungsprogramm zu erstellen, das fachübergreifend behandelt werden soll und über das jährlich ein Bericht vorgelegt werde. Daraufhin wurde überlegt, wie der Auftrag umgesetzt werden könne, denn es sei ein sehr umfangreicher Auftrag, wenn man ihn denn ernst nehme. Zunächst habe man sich gefragt, wie man das Thema organisatorisch einbinden könne und welche personellen Kapazitäten vorhanden seien. Man habe auf bestehendes Personal zurückgegriffen, welches sich hier nun heute vorstelle. Frau Hammann setze sich seit dem Jahr 2000 für Barrierefreiheit und die Rechte und Belange von Menschen mit Behinderungen ein. Sie, Sprecherin, selbst arbeite im Fachbereich Soziales und sei dort für bereichsübergreifende Sonderaufgaben zuständig, das beinhalte momentan vor allem das Thema Inklusion, aber auch das Bildungs- und Teilhabepaket und verschiedene Sonderaufträge im Fachbereich. Sie habe 1998 im Jugend- und Sozialdezernat bei der Stadtverwaltung angefangen und hatte die Aufgabe einen Behindertenbereicht zu fertigen,

der 1999 erschienen sei. Daraufhin war sie zuständig für die Sozialberichterstattung und für das Programm Soziale Stadt. Zum Thema soziale Stadt sei sie mit Beteiligungsprozessen beauftragt und betraut gewesen, deshalb glaube Sie, dass sie gemeinsam mit Frau Hammann das Thema Inklusion in dieser Stadt ganz gut bearbeiten könne.

Bei das Frage was heiße Inklusion, müsse man sich zunächst die Frage stellen, was vorher gemacht wurde. Vorher wurde immer das Thema Integration behandelt, hier könne man seitenweise Abhandlungen schreiben, was dieses Thema beinhalte. Sie finde es schöner dies in einer Graphik darzustellen. Das Thema Integration befasse sich mit Personen, die nicht richtig in die Gesellschaft "passen" und deshalb integriert werden müssen. Sie müssen über Grenzen gehen und versuchen dazuzugehören, obwohl sie eigentlich nicht dazu passen und es sei immer erkennbar, dass sie anders seien. Beim Thema Inklusion, das durch die UN-Behindertenrechtskonvention vorangetrieben werde, gehe es darum, dass wir alle die Gesellschaft seien und dass es vollkommen normal sei, verschieden zu sein. Es gehe hier also wirklich um alle Menschen, ob es Männer oder Frauen seien, ob sie Migrationshintergrund haben usw. Das Zitat "Es ist normal verschieden zu sein" wurde interessanterweise bereits im Sozialbereich 2008 geschrieben, hier habe man nämlich schwerpunktmäßig Menschen mit Behinderungen behandelt. Dies zeige, dass in dieser Stadt – auch durch den politischen Einfluss – schon viel passiere.

Bereits seit 1977 kümmere man sich bei der Landeshauptstadt Hannover um die Barrierefreiheit im Baubereich. 1999 erschien der erste Behindertenbericht und 2000 wurde die Stelle der Behindertenbeauftragten in der Stadt eingerichtet. Es würde aber den Rahmen sprengen nun alle seit 1977 bearbeiteten Projekte aufzuzählen. Der Titel der Drucksache "Auf dem Weg zur inklusiven Stadt" zeige, dass man bereits gut sei, aber noch nicht gut genug. Man wolle die bisherigen Arbeiten fortsetzen, hier sprach sie, Sprecherin, insbesondere die Arbeit der Behindertenbeauftragten an.

Im Januar werde eine Arbeitsgruppe zum Thema Inklusion installiert, die dezernatsübergreifend besetzt sei und mit dieser Arbeitsgruppe werde man das Handlungsprogramm zum Thema Inklusion erarbeiten. Ziel sei im Herbst 2012 einen Entwurf vorliegen zu haben. Diesen Entwurf werde man dem runden Tisch für Menschen mit Behinderungen vorlegen. Auch der erste Behindertenbericht im Jahr 1999 wurde mit dieser Zielgruppe abgestimmt. Das sei damals aber sehr mühsam gewesen, weil es noch keine Institution gegeben habe und man prüfen musste, welche Verbände und Einrichtungen es überhaupt gebe. Diese habe man dann angeschrieben und von dort Rückmeldungen bekommen, die aber auch nicht untereinander abgestimmt waren. Dies habe sich gravierend durch die Schaffung der Stelle der Behindertenbeauftragten und durch den runden Tisch für Menschen mit Behinderungen, geändert.

Dieser runde Tisch bestehe aus verschiedenen Vertretern von Menschen mit Behinderungen und auch aus Vertretern der Politik. Das bedeute, dass die Politik bereits vor der offiziellen Ratsvorlage mitdiskutieren könne. Im Herbst wurde dieses Vorgehen dem runden Tisch vorgestellt und in der nächsten Sitzung im März werde man einen ersten Gliederungsentwurf vorstellen. Wenn man diesen abgestimmt und abgesprochen habe, werde man bis nach der Sommerpause an dem ersten Handlungsprogramm arbeiten. Man wolle dieses Programm so anlegen, dass es jährlich fortgeschrieben werden könne.

Ratsherr Klapproth bedankte sich für den Vortrag. Er stellte aber fest, dass einerseits gesagt werde, Inklusion heiße "alle" in der vorliegenden Informationsdrucksache aber stark auf Schulen und Kitas abgestellt werde. Gebe es weitere Ansätze, die auch den Sport berücksichtigten.

Ratsfrau Wagemann unterstützte die Ausführungen ihres Vorredners, da man sich hier im Sportausschuss den Bericht unter dem Fokus "Sport" anschaue. Sie erkundigte sich, ob es eine Vernetzung zwischen dem Sportbereich und dem runden Tisch gebe und welche Person aus dem Sportbereich an dem runden Tisch beteiligt sei. Gebe es für die Sportvereine, die möglicherweise Interesse oder Bedarf haben

Unterstützung für beispielsweise ein inklusives Sportangebot oder die behindertengerechte Ausstattung?

Gebe es hier eine Anlaufstelle an die sich die Sportvereine wenden können oder sollen sie direkt zur Koordinationsstelle Inklusion kommen.

Insgesamt interessiere sie sich dafür, welche Überlegungen es im Sportbereich gebe. In dem vorgelegten Papier sei auch die Rede von Schwerpunktsetzungen. Gebe es für das Jahr 2012 schon Schwerpunkte, die gesetzt worden seien? Oder gehe es in diesem Jahr zunächst um eine Bestandsaufnahme und eine Zusammenstellung der Bedarfe.

Ratsfrau Keller erklärte, dass auch sie den vorgelegten Bericht als sehr bildungslastig empfunden habe. Sie akzeptiere, dass Schwerpunkte gesetzt werden, aber man sei hier nun einmal im Sportausschuss. Gerade im Hinblick auf den runden Tisch interessiere es sie, welche Institutionen, welche Sportvereine beteiligt seien. Sie kam auf die Schwimmbäder zu sprechen, die auch von behinderten Sportlerinnen und Sportlern genutzt werden. Auch im Leistungssport gebe es behinderte Sportlerinnen und Sportler, die hervorragende Leistungen bringen - wo können diese trainieren? Dies sei dem vorgelegten Bericht nicht zu entnehmen.

Frau Hammann erklärte, dass sie als Beauftragte für Menschen mit Behinderungen mit der Sportverwaltung immer sehr eng zusammengearbeitet habe.

Es sei richtig, dass in dem vorgelegten Bericht der Sport etwas vernachlässigt wurde, in dem neuen Bericht werde der Sport aber stärker thematisiert.

Es habe in den letzten Jahren verschiedene Sportveranstaltungen für Menschen mit Behinderungen gegeben, beispielsweise die Special Olympics.

Man habe versucht die Sportstätten Hannovers, auch die AWD-Arena, barrierefrei umzugestalten. Dies sei relativ gut gelungen.

Bei den Schwimmbädern habe man im Stöckener Bad die Barrierefreiheit optimal erfüllt, in den anderen Bädern wurde nachgebessert und man schaue, dass man bei den Schulsportanlagen im baulichen Bereich Barrierefreiheit umsetze.

Sie sei bei solchen Themen die direkte Ansprechpartnerin und am runden Tisch sitzen Menschen, die in unterschiedlichen Funktionen am Sport beteiligt seien oder Sportgruppen angehören.

Wirkliche Sportgruppen für Menschen mit Behinderungen habe man in Laatzen und Langenhagen, hier werde integrativer Sport betrieben.

Als Verwaltung bemühe man sich sehr, diese Themen aufzunehmen und man habe in der Vergangenheit spezielle Veranstaltungen begleitet und unterstützt.

In der Herbstdrucksache werde deutlicher werden, was schon angelaufen oder umgesetzt wurde und auch fortgeführt wird.

Schwerpunktsetzung heiße, alles was aktuell in der Verwaltung gemacht werde, egal ob im Sport- oder Jugendbereich. Man schaue, ob es inklusiv sei und versuche es umzusetzen. Deshalb könne man nicht sagen, man setze Schwerpunkte in diese oder jene Richtung, man versuche die Angebote und die Arbeit die man grundsätzlich mache in dieser Stadtverwaltung so hinzubekommen, dass sie für alle nutzbar seien.

Frau Kehrein ergänzte, dass die vorgelegte Drucksache im Oktober fertig gestellt wurde. Sie hatte natürlich einen verwaltungsinternen Vorlauf. Diese Drucksache stelle einen Zwischenstand dar. In dem Gliederungsentwurf, der im Januar vorgelegt werde, sei alles enthalten, auch das Thema Sport. Es solle mit dieser Drucksache langsam ein Veränderungsprozess in Gang gesetzt werden. Die Hauptschwerpunktsetzung in der Koordinationsstelle sei es den Prozess in Gang zu setzen und den ersten Bericht zu erstellen. Man müsse unterscheiden zwischen den Aufgaben der Koordinationsstelle und den Aufgaben der Fachverwaltungen. Beim Thema Sport und Inklusion sei die Fachverwaltung gefragt. Die Koordinationsstelle sei dafür da den Prozess anzuschieben und werde in diesem Jahr in jeder Einheit der Verwaltung nachfragen, was dort zum Thema

Inklusion gemacht werde. Zu sagen, welche Themen es im einzelnen seien und wo es Schwerpunktsetzungen gebe, das werden die Fachbereiche machen, eventuell in Absprache mit der Behindertenbeauftragten, aber dies sei nicht Aufgabe der Koordinationsstelle.

Ratsherr Engelke erklärte, dass er sich nach diesem Vortrag nur an den Kopf fassen könne. Es wurde mitgeteilt, dass sehr gut mit der Verwaltung zusammengearbeitet werde, er, Sprecher sei bisher immer davon ausgegangen, dass die Verwaltung untereinander ganz gut zusammenarbeite.

Nun höre er, dass Aufgabe der Koordinationsstelle nur sei so ein Papier zu erarbeiten und den Prozess anzuschieben, den Rest müssen dann die anderen machen. Hier frage er, Sprecher, sich ernsthaft, ob man sich nicht anderen, wichtigen Themen zuwenden sollte. Er, Sprecher, teilte mit, dass ihn diese Vorstellung fast sprachlos mache. Er habe erwartet, dass nach Vorlage einer Drucksache im Oktober im Januar schon konkrete Planungen vorgestellt werden. Stattdessen solle nur etwas angeschoben werden, zum Anschieben benötige man aber nicht zwei oder noch mehr Personen.

Er, Sprecher, verstehe nicht, warum man, nachdem man diesen klaren Auftrag zum Thema Inklusion bekommen habe, nicht Kontakt zum Stadtsportbund aufgenommen habe. Bisher habe er aber nichts dergleichen gehört, so dass er momentan davon ausgehen müsse, dass man sich mit den Fachleuten, die Ideen weiterbringen und auch neue einbringen können, nicht ausgetauscht habe. Er erkundigte sich, wann dies nachgeholt werden solle. Es wurde vorgetragen, dass im Herbst die neue Drucksache komme, im Herbst werde dann also die Aufgabe erfüllt, eine Drucksache auf den Tisch zu legen. Das bedeute, dass man im Herbst beginne etwas Neues anzuschieben und irgendwann Ende 2012/Anfang 2013 werde mit den Personen gesprochen, die es angehe und die ihr Fachwissen einbringen können. Dieses Vorgehen könne er nicht nachvollziehen.

In Hannover habe man ca. 54.000 Personen mit Schwerbehindertenausweis, das seien rund 10 % der Bevölkerung. Hinzu kämen die vielen Menschen, die keinen Ausweis haben und aufgrund anderer Behinderungen eingeschränkt seien. Wenn man sich dann betrachte, wie viele Menschen in dieser Stadt Sport treiben, werden diese bisher mehr oder weniger alle ausgegrenzt.

Er zeigte sich verärgert, dass es hier dazu nur heiße, man habe nur die Aufgabe gehabt, monatelang eine Drucksache fertig zu machen, dies sei für ihn einfach zu dünn.

Frau Hammann erklärte, dass man die Aufgaben unterteilen müsse. Einmal in die Aufgabe der Koordinationsstelle, deren Aufgabe es sei, einen Bericht zu erstellen. Dieser Bericht stelle dar was bereits gemacht werde und was zukünftig gemacht werden solle. Außerdem gebe es die Arbeit der Beauftragten. Ihre, Sprecherin, Aufgabe sei es immer weiter, im Sportbereich, im Jugendbereich, im Sozialbereich Themen, Veranstaltungen usw. zu forcieren. Sie selbst habe sich schon vielfältig im Sportbereich eingebracht und versuche diesen Themenbereich mit abzudecken. Es heiße nicht, dass in der Koordinationsstelle nur ein Bericht geschrieben werde, aber diese Stelle solle die Drucksache erstellen und deshalb müsse man schauen, was in der Verwaltung passiere. Zeitgleich laufe auch die "normale Arbeit weiter. Eine Stadtverwaltung habe viele Themengebiete und jedes Themengebiet werde mit bearbeitet. Das sei auch in den vergangenen Jahren so erfolgt.

Herr Kohlstedt bestätigte, dass es – so wie Ratsherr Engelke dies gesagt habe – bisher nur einzelne direkte Kontakte gegeben habe. Wenn man eine solche Drucksache erstellt, entwerfe man ein Konzept und zu einem solchen Konzept gehöre, dass diejenigen, die über die Sache etwas wissen, auch bei der Konzepterstellung beteiligt werden sollten. Er machte deutlich, dass der Sport seit Jahren inklusiv wirke. Die genannten Beispiele seien die, die gerade nicht inklusiv seien, nämlich die Sportvereine speziell für behinderte Sportlerinnen und Sportler. Diese Sportvereine haben sicherlich auch ihre Funktion, aber es gebe auch die tägliche Arbeit von Menschen mit Handicap, die in "normalen" Vereinen und

Mannschaften engagiert seien. Dies komme in dem Bericht und auch in der Konzeption zu kurz. Wichtig sei dabei, dass gerade auch die Sportvereine, die sich hier sehr bemühen, nicht von vornherein ausgeschlossen werden. Man müsse sich überlegen, wie man sie konzeptionell mit einbinde. Wie könne man die Übungsleiterinnen und Übungsleiter in die Lage versetzen mit solchen Handicaps umzugehen, was müsse dabei auch gesellschaftlich verändert werden.

Es gehe hier um eine ganze Reihe von Fragen, über die man im Rahmen der künftigen Zusammenarbeit auch ins Gespräch kommen sollte. Er machte deutlich, dass der organisierte Sport bei der Einberufung eines runden Tisches zu diesem Thema dazu gehöre.

Ratsfrau Wagemann erinnerte, dass es im Auftrag der Politik an die Verwaltung heiße, dass ein inklusives Gesamtkonzept für die Stadt Hannover erstellt werden solle, von Schulen und Kitas stehe da nichts. Deshalb werde die Drucksache auch allen Ausschüssen vorgelegt. Sie verstehe die Vorlage als einen ersten Bericht, der noch verbessert werden könne. Bis Ende des Jahres solle dann aber ein erstes Konzept entwickelt werden. Für den Sportausschuss müsse man sich nun fragen, ob es eine Auflistung der Maßnahmen, die im Rahmen der Inklusion bereits durchgeführt werden, gebe. Wo gebe es Bedarfe seitens der Sportvereine, sei dieses Thema im Sportentwicklungsplan enthalten oder sage man, dass so weitergemacht werden solle wie bisher und man im Oktober dann erneut über die Drucksache schimpfe.

Deshalb erkundigte sie sich, an wen sich die Sportvereine innerhalb der Stadtverwaltung wenden sollen. Man könne nicht alle zur Behindertenbeauftragten schicken, das wäre auch widersprüchlich zum Thema Inklusion. Auch im Sportbereich müsse man genauso dazu in der Lage sein, sich mit diesem Thema zu beschäftigen, wie in den Sportvereinen und beim Stadtsportbund. Sie erkundigte sich bei der Fachverwaltung, wie sie bei diesem Thema mitgehen wolle und auf welche Art und Weise der Sportbereich sich beteiligen und partizipieren wolle.

Ratsherr Wruck sagte, dass die Schelte die abgeliefert wurde, seines Erachtens übertrieben sei. Er selbst sehe Integration und Inklusion weitgehend als Synonyme an. Es gebe nur ganz geringe Unterschiede inhaltlicher Art zwischen den beiden Begriffen. Das was man bisher gemacht habe, sollte man fortsetzen. Die Integration behinderter Menschen sei eine Daueraufgabe, die nie zu Ende gehe. Wenn er höre, dass innerhalb der Verwaltung eine dezernatsübergreifende Arbeitsgruppe eingerichtet worden sei, dann gehe er davon aus, dass man sich auch mit dem Thema Sport beschäftigen werde. Beispielsweise gebe es für behinderte Schülerinnen und Schüler Fahrdienste. Er, Sprecher, könne sich vorstellen, dass es in Zukunft auch für Sportlerinnen und Sportler Fahrdienste gebe, die zu ganz bestimmten Veranstaltungen diese jungen Menschen bringen. Für den Inklusiven Sport werde es Konzentrationen auf wenige Sportstätten geben. Außerdem brauche man Vereine, die sich mit ganz speziellen Behinderungen befassen, damit auch gemeinsam Sport getrieben werden könne. Es sei auch Aufgabe des Sportausschusses zu diesem Thema Wünsche und Anregungen anzumelden.

Ratsherr Kirci bedankte sich für den Vortag und erklärte, dass er die Einschätzung von Ratsherrn Engelke nicht teile. Es selbst sei auch Mitglied im Sozialausschuss und Stadtrat Walter habe in der Ausschusssitzung in seiner sehr angenehmen Art erklärt, dass es sich hier um einen Prozess handele. Beim Bund sei dieses Thema für den Kinder- und Jugendbereich bereits abgeschlossen. Es sei falsch, wenn die Politik nur abwarte, was die Verwaltung liefere, auch die Politik müsse sich Gedanken machen, was Inklusion im Bereich der Sportpolitik heiße. Die Sportvereine müssen beteiligt, aber dürfen auch nicht überfordert werden. Er, Sprecher, machte deutlich, dass es eine große Chance sei, die aber auch Geld koste. Man müsse sich überlegen, wie man die Sportvereine unterstütze, dies sei eine große Herausforderung und ein Prozess der mit der nächsten Drucksache sicher nicht

beendet sein werde.

Ratsherr Bindert unterstützte die Ausführungen von Herrn Kohlstedt indem er sagte, dass es in den Vereinen bereits gelebte Integration und Inklusion gebe. Aufgrund der vorgelegten Drucksache müsse weiter gearbeitet werden und es sei Aufgabe der Verwaltung, die Beteiligten an einen Tisch zu holen und nach guten praktischen Beispielen Ausschau zu halten, die man von einem Verein auf den anderen übertragen könne und dann zu schauen, wie man erreichen könne, noch mehr auf den Weg zu bringen. Man könne die Drucksache betreffend anderer Meinung sein, aber man sollte daran arbeiten und es als politischen Gesamtauftrag annehmen und nicht nur die Verwaltung arbeiten lassen, sondern sich auch als Politik beteiligen.

Frau Girschikofsky teilte mit, dass es schon eine Reihe von Sportvereinen gebe, die Inklusion betreiben. Bis vor einigen Monaten wussten ganz viele Menschen mit dem Wort nichts anzufangen und wussten nicht, warum es geht, im Sport wisse man dies aber schon etwas länger. In der Diskussion sei das Stichwort "Sportstättenentwicklungsplan" gefallen. Dies sei ein ganz wichtiger Punkt, denn man könne nicht auf allen Sportstätten mit Menschen mit Behinderungen arbeiten. Wenn sie, Sprecherin, sich die Hallen betrachte, müsse noch eine Menge getan werden, um Inklusion in den hannoverschen Sporthallen zu leben. Es gebe auch Vereine in denen Basketball gespielt werde von Menschen mit und ohne Behinderungen. Dies sei das Thema um das sich der Sport bereits seit Jahren bemühe, damit keine Menschen im eigenen Verein ausgegrenzt werden. Sie informierte, dass am ersten Juni-Wochenende im Erika-Fisch-Stadion eine für Deutschland einmalige Landesmeisterschaft der Leichtathleten im Behinderten- und Nichtbehinderten-Sport ausgetragen werden. Dies sei ein sehenswertes Beispiel wie man Inklusion leben könne.

Ratsherr Drenske erklärte, dass die angesprochenen Fahrdienste kein Allheilmittel seien.

Herr Sonnenberg sagte, dass für die Fachverwaltung diese Informationsdrucksache zum richtigen Zeitpunkt komme. Im Rahmen der Sportentwicklungsplanung könne dieses Thema behandelt werden und hier werde man sich auch Gedanken über den weiteren Weg des Sports Hannovers machen. Deshalb sei es wichtig die Verlinkung zwischen Inklusion und dem Sportentwicklungsplan herzustellen.

Die Drucksache wurde von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

TOP 6. Bericht des Dezernenten

Es lagen keine Berichtspunkte vor.

Außerhalb der Tagesordnung

Wassersportflächenkonzept, Erweiterung Fössebad, Anhörung

Ratsherr Bindert erkundigte sich nach dem Sachstand Wassersportflächenkonzept. Außerdem habe man der Verwaltung den Auftrag erteilt mit Waspo über die Erweiterung des Fössebades zu sprechen. Haben diese Gespräche mittlerweile stattgefunden und welches Ergebnis sei dabei herausgekommen. Weiter habe man im Juni beschlossen, eine Anhörung zum Thema "Prävention von sexualisierter Gewalt im Sport" durchzuführen. Diese wurde dann sehr kurzfristig abgesagt. Wann soll diese Anhörung nun mit dem neuen

Sportausschuss stattfinden?

Herr Schaefer erklärte, dass es intensive Gespräche über die Erweiterung des Fössebades gegeben habe. Diese Gespräche haben im August und Anfang September letzten Jahres stattgefunden. Damals habe man den Interessenten gesagt, dass sie einen Finanzierungsvorschlag vorlegen sollen und seither habe man zu diesem Thema nichts mehr gehört.

Wenn die Anhörung vom Ausschuss gewünscht werde, könne sie natürlich in einer der nächsten Sitzungen durchgeführt werden.

Zum Wasserflächenkonzept teilte er, Sprecher, mit, dass man Überlegungen habe, wie die Vereinstrainingszeiten neu aufgeteilt werden könnten. Man wollte aber zunächst das Mandat aus der Politik haben, um mit den Wassersportvereinen verhandeln zu können. Die Überlegungen gehen in die Richtung, das Vereinstraining mehr im Stöckener Bad und im Stadionbad zu konzentrieren, um das zentral gelegene Vahrenwalder Bad für mehr Stunden als bisher für die Öffentlichkeit zu öffnen.

Ratsherr Bindert sagte, dass die einstimmig beschlossene Anhörung stattfinden solle. Er habe großes Interesse daran, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen.

Ratsherr Engelke erklärte, dass die Anhörung zwar ein Antrag der F.D.P.-Fraktion war, die neue F.D.P.-Ratsfraktion aber keinen großen Wert mehr auf die Anhörung lege.

Herr Körber informierte, dass die Vertreter aus Berlin und Hamburg, die angehört werden sollten, auf die Clearingstelle beim Landessportbund verwiesen hätten. Er regte deshalb an, sich noch einmal Gedanken über die Anzuhörenden zu machen.

Herr Kohlstedt sagte, dass es sich um ein sehr brisantes Thema handele, mit dem man vorsichtig umgehen müsse. Er sei der Ansicht, dass es wichtig sei, die Menschen in den Vereinen zu sensibilisieren, ob man dieses mit einer Anhörung bewirke, bezweifele er allerdings.

Herr Dr. Herbert sagte, dass man sich um die Durchführung der Anhörung kümmern werde.

Ratsfrau Klebe-Politze schloss die 3. Sportausschusssitzung um 17:00 Uhr.

| | Für die Niederschrift: |
|-----------------------------------|-----------------------------|
| Dr. Herbert Fachbereichsleiter | Senger Protokollführerin |